Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Die rückläufige Bewegung in Polen

Ein politischer Bericht über die Ursachen und die Elemente der neuen Wandlungen

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die mit einem großen Elan begonnenen Reformen in Gomulka-Polen seit einigen Monaten gestoppt wurden oder sich in einem Stadium der rückläufigen Bewegung befinden. Das bezieht sich sowohl auf die Außenpolitik wie auch — und das viel mehr — auf die innenpolitische Lage. Wenn man dabei die eigentlichen Ursachen genau untersucht, so ergibt sich eine Schlußfolgerung, daß dieser Prozeß der Eindämmung des anfänglichen Programms einer konsequenten Entstalinisierung des polnischen Staates aus einer Summe verschiedener Gründe entstand.

Es gibt allerdings Stimmen, welche die Einschränkung der Reformen ausschließlich den persönlichen Entscheidungen des kommunistischen Parteichefs, Wladyslaw Gomulka, zuschreiben. Ein solcher «Personenkult» à rebours würde eine Simplifizierung der in Polen herrschenden Situation bedeuten und kann nicht als ein ausreichendes Kriterium für die Beurteilung der politischen und soziologischen Prozesse in der polnischen Volksrepublik gelten.

Gewiß, der überragende Einfluß Gomulkas auf die Geschicke des Landes läßt sich nicht leugnen. Und das Fehlen der profilierten Persönlichkeiten in der Umgebung des Parteiherrschers scheint ihn dazu zu verleiten, daß er zu den diktatorischen Methoden greift, die man bereits in der ersten Nachkriegszeit bis zu seiner Verhaftung beobachten konnte.

Aber das sind nicht die eigentlichen Quellen des rücklaufenden Umwandlungsprozesses in Polen. Die Hauptursachen liegen anderswo. Sie hängen in erster Linie mit der geopolitischen Lage Polens und mit der Tatsache der festen organisatorischen Bindungen an Moskau und an das gesamte Ostblockstaaten-System zusammen. Als in den Sommermonaten die Situation in Polen in ein Stadium der Stagnation eintrat, hatte man den Eindruck, daß die polnischen Kommunistenführer mit solchen oder anderen Entscheidungen solange warten wollten, bis sich eine Klärung des außen- und innenpolitischen Kurses Moskaus und Pekings ergeben würde. Die offensichtlich in Warschau gehegten Hoffnungen, daß der Sieg Chruschtschews über seine Rivalen zu einer Lockerung der Politik des Sowjetregimes führen werde, haben sich nicht erfüllt.

Das gleiche trifft auf die polnischen Illusionen zu, daß die Rückkehr Mao Tse-Tungs zu den härteren Methoden nur vorübergehend sei. Das polnische Politbüro hat schließlich — und vermutlich nach genauen Sondierungen in Moskau und Peking — den Standpunkt eingenommen, daß die konsequente Verwirklichung des «Oktober-Programms» sowohl von Chruschtschew wie auch von Mao Tse-Tung nicht akzeptiert werde und eine solche Politik sogar auf einen harten Widerstand in den beiden wichtigsten Zentralen des Weltkommunismus stoßen würde. Die Konsequenz einer solchen Erkenntnis ist klar. Polen wird sich mehr und mehr den allgemeinen Tendenzen in den Ostblockstaaten anpassen müssen. Das gilt vor allem für die Außenpolitik Warschaus und gleichzeitig für die ideologische Linie innerhalb des polnischen Kommunismus.

Außenpolitik mit gestutzten Flügeln

Vor einem Jahr, am 18. November 1956, wurde in Moskau das polnisch-sowjetische Abkommen unterzeichnet, das die Beziehungen zwischen den beiden Staaten neu regelte. Seither haben sich die Beziehungen zwischen Gomulka und Chruschtschew nicht nur verbessert, sondern es scheint zwischen den beiden eine enge Zusammenarbeit und Solidarität zu herrschen. Das wurde auf Kosten der Pressefreiheit in Polen und durch einen verstärkten Kampf der Gomulka-Führung gegen den «liberalen» Flügel der Partei zustandegebracht. Sowohl in seinen Reden in Moskau, anläßlich des 40. Jahrestages der Oktober-Revolution und des internationalen Kommunistentreffens, wie auch in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Warschauer Parteiaktiv am 28. November, schwenkte der polnische Parteiführer völlig auf die Linie Chruschtschews ein. Diese Wandlung wird wahrscheinlich von Moskau gebührend anerkannt, und zwar in der Form einer neuen Wirtschaftshilfe. Während diese Zeilen geschrieben werden, weilt in Moskau eine polnische Regierungsdelegation unter Leitung des Außenhandelsministers Trampczynski, um neue Warenlieferungen und Kredite auszuhandeln.

Auch die Beziehungen mit den Satellitenstaaten Moskaus sind in letzter Zeit aktiver geworden. Das zeigt sich vor allem in den wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Polen und den beiden Nachbarstaaten, der CSR und der DDR, die zu einer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung Polens mit den beiden moskautreuen Satellitenländern führen.

Die Tschechoslowakei gewährte Polen Kredite in Höhe von 250 Millionen Rubel für den Ausbau und eine gemeinsame Nutzbarmachung der Steinkohle-Vorkommen in Schlesien und hat sich in den polnischen Plan der Schwefelförderung eingeschaltet.

Der gleiche Prozeß vollzieht sich in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Warschau und Ostberlin. Zu den früheren Abmachungen über die Braunkohlenförderung in Polen kam am 5. September die Unterzeichnung eines Zollabkommens. Das Abkommen regelt die Zusammenarbeit zwischen den Zollorganen der beiden Staaten und soll der Beschleunigung der Zollabfertigungen im Grenzverkehr sowie der Bekämpfung von Zoll- und Devisenvergehen dienen. Am 16. November wurde in Warschau ein Abkommen abgeschlossen, das eine enge Kooperation auf dem Gebiet des Maschinenbaues der beiden Staaten vorsieht. Eine ähnliche Vereinbarung tritt auch in der chemischen Industrie ein. Schließlich wurde Ende November ein Protokoll über die Zusammenarbeit Polen-DDR bei den Aufbauprogrammen und der Herstellung von Baustoffen vereinbart.

Am 25. November wurde in Warschau eine Konsular-Konvention zwischen Polen und der DDR unterzeichnet, die dem ostdeutschen Staat die Möglichkeit gibt, die deutschen Staatsbürger in Polen unter eigene Regie zu nehmen.

Dagegen ist eine Verschärfung der polnischen Haltung zu der Bundesrepublik eingetreten, was voll und ganz dem gegenwärtigen Kurs Moskaus und einer stärkeren Bindung Polens an die Taktik und Strategie des Kremls entspricht. Damit scheinen sich jegliche Aussichten für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Warschau und Bonn im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung völlig verflüchtigt zu haben.

Lediglich mit den Amerikanern kam es zu einigen wichtigen Kontakten. Von besonderer Bedeutung sind die am 31. Oktober in Washington begonnenen polnisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen über eine neue USA-Wirtschaftshilfe für Polen.

Der polnische Parteichef Gomulka nahm in seiner Rede vom 28. November zu dem Problem der westlichen Kredite für Polen Stellung und betonte mit allem Nachdruck, daß irgendwelche Versuche, zusammen mit der Wirtschaftshilfe politische Bedingungen zu stellen, unannehmbar seien. Jedoch scheinen diese Formulierungen in erster Linie als eine Art Beruhigung der kommunistischen Partner Polens gedacht zu sein, denn Warschau ist nach wie vor an USA-Anleihen interessiert.

Großreinemachen in der Gomulka-Partei

Ende Oktober 1957 fand in Warschau eine vom Standpunkt der innenpolitischen Entwicklung aus gesehen höchst bedeutsame zehnte Plenartagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei statt. Gomulka verlangte eine radikale Säuberung der polnischen KP; die etwa 1 300 000 Mitglieder zählende Partei soll um die Hälfte reduziert werden. Damit hat Gomulka den Plan bekanntgegeben, den Charakter der polnischen KP von einer Massenpartei in eine reine Kaderpartei umzuwandeln.

Unumwunden gab der Erste Parteisekretär die schwere Krise des polnischen Kommunismus zu. In der Partei herrsche ein ideologisches Chaos, und zwar sogar «unter einem beträchtlichen Teil des Parteiaktivs». Gomulka teilte die gesamte Mitgliedschaft der polnischen KP in drei Teile, nämlich in die «bewußten Kommunisten», in die Parteimitglieder, die «den Sozialismus gefühlsmäßig und verstandesmäßig unterstützen», und schließlich in diejenigen, «die der Partei aus persönlicher Berechnung beigetreten sind» und denen «der Sozialismus meistens gleichgültig ist». Als Hauptziele der unbedingten Säuberung nannte Gomulka die Befreiung der Partei von den «Revisionisten und Liquidatoren», ferner von den «Dogmatikern und Sektierern» sowie von den «demoralisierten und korrupten Elementen».

Den Forderungen Gomulkas hat man stattgegeben. Gleichzeitig wurde der ursprünglich für Dezember 1957 vorgesehene Parteikongreß bis in die Mitte des nächsten Jahres verschoben. Bis dahin soll die Massenpartei in eine Kaderpartei umgebildet werden und ein konsolidiertes inneres Gefüge erhalten.

Aus dem bisherigen Verlauf der «Säuberung» entsteht das Bild chaotischer Zustände, welche durch die Beschlüsse der Parteiführung heraufbeschworen wurden. Die Parole der Parteiführung, daß die größte Gefahr in den revisionistischen Bestrebungen liege, hat offensichtlich die von dem zweiten Aspekt der Säuberung, der Ausschaltung der Dogmatiker und Sektierer, geförderten Stalinisten dazu verleitet, daß diese Kreise die ganze Säuberung in eine wilde Kampagne gegen die Intellektuellen verwandeln möchten. So mußten mehrere Mitarbeiter Gomulkas vor derartigen Tendenzen warnen und versuchen, die Auseinandersetzung mit den «Revisionisten» von einer künstlich durch die Stalinisten inspirierten Aktion gegen die gesamte Intelligenz Polens zu trennen.

Darüber hinaus scheinen die stalinistischen Kräfte in der Säuberung eine Chance erblickt zu haben, um die verlorenen Positionen wieder zu gewinnen. Da ihnen jedoch die Presseorgane auch im jetzigen Entwicklungsstadium gänzlich fehlen, bedienen sie sich der hektographisch hergestellten Flugblätter und Denkschriften, die anonym erscheinen und kolportiert werden. Die Gomulka-Partei hat offenbar die Gefahr eines solchen Treibens erkannt, denn sie ließ eine solche Denkschrift, die unter dem Pseudonym Jan Kosa fabriziert wurde, aufs schärfste angreifen. Die Propagandisten Gomulkas haben die stalinistische Denkschrift als einen Anschlag gegen die Politik der Parteiführung qualifiziert und auf diese Weise die Massen der kommunistischen Parteimitglieder davor gewarnt, diesen Parolen Gehör zu schenken.

Außerdem hat sich eine andere Tendenz bei der Säuberung bemerkbar gemacht, nämlich die Bestrebungen, persönliche Fehden und Feindschaften auszufechten. Die Gomulka-Führung mobilisiert die Parteipresse und die Rundfunkpropaganda dazu, um vor einer solchen Abgleitung der Säuberung in die Sphären der privaten Konflikte zwischen den Parteimitgliedern zu warnen.

Die gefährdete Freiheit

Die von Gomulka eingeleitete Einschränkung der ideologischen Diskussion im polnischen Kommunismus mußte unweigerlich zu einem Konflikt zwischen dem neuen Kurs der Partei und den reformistisch gesinnten kommunistischen Intellektuellen und

Journalisten Polens führen. Dieser Gegensatz hat sich in der ersten Hälfte des Monats Oktober zu einer Kraftprobe zwischen dem Regime und der publizistischen Tribüne der jungen Revisionisten, nämlich der Wochenzeitung «Po prostu» entfacht. Die junge redaktionelle Equipe dieser Wochenzeitung hatte einen großen Anteil an der Vorbereitung und an der Entstehung des Oktoberumschwungs vom Jahre 1956. Unter der Leitung des begabten und energischen Chefredakteurs, Eligiusz Lasota, einem Studenten der höheren Semester der Philosophie, hat die Redaktion eine neue Art des kämpferischen Journalismus entwickelt, der zu einem permanenten Anwachsen der revolutionären Stimmung im Lande beitrug.

Nachdem die elementarsten Postulate dieser jungen revisionistischen Marxisten mit der Machtergreifung Gomulkas realisiert worden waren, ging die Redaktion der «Po prostu» nach dem Oktoberumschwung dazu über, neue Reformen und Experimente zu lancieren. Dadurch wurde das Wochenblatt die Zielscheibe zahlreicher Angriffe in der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei. Moskau, Prag und Ostberlin haben wiederholt bei Gomulka das Verbot der Zeitung gefordert. Auch dem polnischen Parteichef schien die Entwicklung der «Po prostu»-Ideologen eine mit seinen Auffassungen über die Rolle der Partei unvereinbare Ketzerei.

Diese Entscheidung Gomulkas hat seinem Ansehen und der früheren Popularität in den linken Kreisen der polnischen Jugend sowie bei den nichtkatholischen Intellektuellen der älteren Generation und vor allem im journalistischen Milieu einen unermeßlichen Schaden zugefügt. Die katholischen Kreise Polens, die in dem jugendlichen Atheismus der Redakteure von «Po prostu» eine dem Kompromiß Gomulkas mit dem Kardinal Wyszynski zuwiderlaufende Tendenz sahen, scheinen eine völlig neutrale Haltung im ganzen Konflikt eingenommen zu haben. Insofern muß man feststellen, daß der Einfluß des Wochenblattes «Po prostu» nur auf die marxistisch-reformistisch interessierten Kreise der polnischen Jugend und teilweise auf die Überreste der liberalen Kräfte im Lande beschränkt war.

Aber das Verbot dieser Zeitung hat die Tendenz zu einer planmäßigen Einschränkung der Pressefreiheit unter dem Gomulka-Regime offenkundig gemacht.

Bedenklich erscheinen auch die Ausführungen des polnischen Innenministers Wladyslaw Wicha, die er zur Frage der Tätigkeit der Sicherheitsbehörden im gegenwärtigen Zeitpunkt, am 13. November, machte. Abgesehen von dem von Wicha benutzten Begriff über die Gefahr der «reaktionären Elemente», der jederzeit sehr willkürlich ausgelegt werden kann, waren auch die sonstigen Ausführungen über die angeblich zunehmende Tätigkeit der illegalen Gruppen und Organisationen sowie über den Einfluß der polnischen Emigration im Lande, die Tätigkeit der ausländischen Geheimdienste und über den antipolnischen Ton in den Sendungen der ausländischen Rundfunkstationen offensichtlich nur dazu angetan, um die polnische Bevölkerung einzuschüchtern.

Vorsicht bei Kirche und Bauern

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen innenpolitischen Verhältnisse in Polen muß festgestellt werden, daß die Einschränkung des Oktober-Programms den Kompromiß zwischen Gomulka und der katholischen Hierarchie des Landes in keiner Weise berührt hat. Nach wie vor scheint der kommunistische Parteiführer die prinzipielle Bedeutung dieses Ausgleichs zu erkennen und verhält sich demnach gegenüber den Belangen des katholischen Episkopats äußerst vorsichtig.

Auch bezüglich eines anderen fundamentalen Elementes der Gomulka-Reformen, nämlich der Agrarfrage, ist eine vorsichtige Politik des Regimes zu beobachten. Die Parteiführung will offensichtlich das mühevoll erreichte Vertrauen der breiten Bauernmassen zu dem neuen landwirtschaftlichen Programm des Regimes nicht erschüttern, zumal die Auflösung der Kolchosen im vergangenen Jahr, die Regelung des Rechtes

auf Grund und Boden und die Liquidierung der Traktoren- und Maschinen-Ausleihstationen einen ausgesprochenen Erfolg hatten. Der aufgeteilte Boden der früheren Kolchosen wurde von den nunmehr arbeitsfreudig gewordenen Bauern restlos bebaut, und die Ernte im Jahre 1957 hat Rekorderträge gebracht, welche die polnische Landwirtschaft seit Jahren nicht gekannt hat.

Alexander Korab

Forschungs- und Planungsmethoden hinter dem eisernen Vorhang

Die Entsendung der Erdsatelliten als solche hätte keineswegs so großes Aufsehen erregt, wenn nicht die Tatsache bestünde, daß diese künstlichen Begleiter unserer Erde von der Sowjetunion und nicht von den USA abgeschossen wurden. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit eines solchen Abschusses bestand ja schon längere Zeit; Broschüren und Zeitungen hatten bereits früher diese Frage ausführlich erörtert. Und dann fiel der Erfolg den Russen zu! Zeigt das nicht deutlich eine eklatante Überlegenheit der Sowjets auf technischem Gebiete gegenüber den Vereinigten Staaten? Wieso war dies überhaupt möglich?

Unter den vielen Dingen, welche die Sowjetunion dem Westen nachgeahmt hat, zählen in erster Linie die wissenschaftlichen Forschungsinstitute. Solche gibt es ja in der freien Welt in jedem Staate. Wir erwähnen nur die ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in Deutschland, die «Research institutes» in den USA und ähnliche andere Forschungsstätten.

Sehr schnell hatte man im Osten erkannt, daß der technische Fortschritt des Westens auf der Arbeit seiner Forschungsinstitute aufgebaut ist. Man errichtete daher solche Forschungszentren in größtem Ausmaß und in sämtlichen technischen Zweigen. Es gibt Metallforschungsinstitute, Kohlenforschungsinstitute, Institute für Textil, Leder und Kunststoffe, kurz für jedes nur bekannte Rohmaterial. Diesen reihen sich die Forschungsstätten für Halb- und Fertigerzeugnisse an, für Betriebsmethoden usw. Da gibt es Institute für Meßtechnik, für die Automatisation von Maschinen und Einrichtungen, für Bergbau und Hüttenwesen, Maschinenindustrie, Atomforschung, Flugzeugbau und unzählige andere. Oft werden diese rein wissenschaftlichen Unternehmungen durch Angliederung einer kleinen Fabrik erweitert, um die Resultate der Forschungsarbeiten gleich praktisch ausprobieren zu können. So verfügt z. B. das Aluminiumforschungsinstitut in Leningrad über eine ziemlich umfangreiche Fabrikanlage, um verschiedene Herstellungsverfahren für Tonerde und Aluminium, die im Laboratorium ausgearbeitet wurden, gleich in technischem Maßstab erproben zu können.

In diese Forschungsstätten werden die besten wissenschaftlichen und technischen Fachkräfte kommandiert, die aus der einschlägigen Industrie entnommen werden. Eine aufgebesserte Bezahlung sorgt dafür, daß sich die Leute zu diesen Stellen drängen.

Der wesentlichste Unterschied in den Forschungsmethoden des Westens und des Ostens besteht darin, daß auch die Wissenschaft im Osten — ebenso wie das ganze übrige Leben — «gelenkt» wird. In den freien Staaten der Welt hat der Leiter eines Forschungsinstitutes die freie Wahl, sich mit jener wissenschaftlichen Frage zu beschäftigen, die seines Erachtens am interessantesten ist. Natürlich ist es naheliegend, die Lösung von Problemen zu suchen, die in besonderem Maße aktuell sind. Ein Zwang bestand jedoch — von Kriegszeiten abgesehen — bisher für den westlichen Wissenschaftler nicht, sich mit einer ganz bestimmten Aufgabe zu befassen.

Anders ist es im Osten. Der Leiter einer Forschungsstelle hat seiner vorgesetzten Behörde — in der Sowjetunion dem zuständigen Ministerium — gegen Ende jeden

Jahres einen bis in das Detail ausgearbeiteten Plan vorzulegen, welche Probleme im kommenden Jahre zur Bearbeitung gelangen sollen. Die Detaillierung der einzelnen Fragen geht hiebei soweit, daß sogar die erforderliche Anzahl von Arbeitsstunden zur Durchführung der Versuche angegeben werden muß. Die zuständige Behörde stimmt nun entweder dem Plane zu oder lehnt ihn ab und verlangt die Vorlage eines geänderten Planes unter Berücksichtigung besonderer Wünsche. Quartalsweise ist über den Fortschritt der Arbeit Bericht zu erstatten; am Ende des Jahres ist eine Zusammenfassung der erreichten Resultate vorzulegen.

Diese «gelenkte» Forschungsmethode — also eine Art von wissenschaftlicher Zwangsarbeit — ermöglicht es der Sowjetunion, ihre wissenschaftlichen Kräfte auf die Lösung einer bestimmten Aufgabe in einer Weise zu konzentrieren, wie dies im Westen nicht der Fall ist. So hat in Rußland nicht nur das Institut für Raketenforschung, sondern außer diesem hat eine Reihe von anderen Instituten — Metallurgie, Feinmechanik, Meßtechnik usw. — mitgearbeitet, um die Erdsatelliten erfolgreich starten zu können.

Für die technische Entwicklung erweist sich auch noch ein weiterer Umstand im Osten als sehr günstig: es gibt keine technische Geheimniskrämerei innerhalb eines bestimmten Interessentenkreises. Dagegen besteht schärfste Geheimhaltung gegenüber Personen und Dienststellen, die mit der betreffenden Materie nichts zu tun haben. Das bedeutet eine bedeutende Arbeitsvereinfachung gegenüber westlichen Methoden.

Nehmen wir zum Vergleich hiezu zwei amerikanische Fabriken, die das gleiche Produkt erzeugen. Einer der beiden Firmen gelingt es, eine Verbesserung oder eine Verbilligung des Fabrikates durch eine Vereinfachung des Arbeitsganges zu erreichen. Sie wird ängstlich darauf bedacht sein, daß von der Änderung des Arbeitsverfahrens nichts in die Öffentlichkeit dringt; schon gar nicht darf es zur Kenntnis des Konkurrenten gelangen. Läßt die betreffende Fabrik das geänderte Verfahren patentieren, so wird sie auf das äußerste bemüht sein, die Patentbeschreibung so zu fassen, daß jeder andere Weg zur Erreichung desselben Zweckes versperrt wird.

Das geht soweit, daß große Industriekonzerne oft patentrechtlich Verfahrensmöglichkeiten schützen, die sich überhaupt praktisch nicht ausführen lassen, nur um eine unübersteigbare Mauer von Patenten um ein Fabrikat zu legen. Natürlich läßt sich die Konkurrenzfabrik dadurch nicht bange machen, sondern versucht, ihrerseits wieder auf anderem Wege vorzustoßen.

Dieser Konkurrenzkampf hat große Vorteile für den Konsumenten, der dadurch in den Besitz verbesserter oder verbilligter Ware gelangt. Für die rein wissenschaftliche Forschung liegt in diesem Verfahren insofern ein Nachteil, als sehr leicht der Fall eintreten kann, daß ein und dieselbe Frage von zwei Seiten untersucht wird und daher die doppelte Arbeitskraft, die doppelten Kosten und die doppelte Zeit aufgewendet werden. Allerdings gibt es auch Stimmen, die der Ansicht sind, daß der Konkurrenzkampf, also der Kampf um die Existenz schlechthin, einen kräftigeren Ansporn gebe als noch so scharfe Befehle einer gelenkten Wirtschaft. Im kommerziellen Leben muß man dieser Ansicht beipflichten, jedoch kann man die Entsendung der Satelliten wohl kaum als eine kommerzielle Angelegenheit bezeichnen.

Und damit kommen wir zum springenden Punkt der Frage überhaupt: Aus rein wissenschaftlichen Gründen hat die Sowjetunion die künstlichen Erdtrabanten nicht in den Raum geschossen. Es handelt sich zweifellos um die Fortsetzung von Versuchen, die ursprünglich für militärische Zwecke durchgeführt wurden und die Untersuchung der unsere Erde umgebenden Schichten im Auge hatten. Schon im Laufe des ersten Weltkrieges ist man darauf gekommen, den minimalen Luftwiderstand in den hohen Schichten für die Verlängerung der Flugbahn von Geschossen auszunützen. Es sei auf das deutsche Langrohrgeschütz hingewiesen, das im Jahr 1917 Paris auf eine Entfernung von 120 km beschoß und dessen Tragweite sich nur dadurch erklären ließ, daß das Geschoß den größten Teil des Weges durch den luftverdünnten Raum zurücklegte.

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die kosmischen Strahlen, die Temperaturen

in jenen fernen Räumen, den Grad der Luftverdünnung usw. stellen Probleme dar, deren Lösung für spätere militärische Zwecke von großem Vorteil ist. Und — last but not least —: die Propagandawirkung! Bestimmt hat diese eine sehr große Rolle gespielt bei der Beschleunigung der Arbeiten der Sowjetwissenschaftler. Es mußte etwas geschaffen werden, wo die Welt aufhorchen und wodurch die Überlegenheit der Technik der kommunistischen Welt bewiesen werden sollte. Die Sowjetunion hat gerade in jüngster Zeit auf dem Gebiet der technischen Propaganda gewisse Enttäuschungen erlebt: Die Inbetriebsetzung des ersten Atomkraftwerkes wurde propagandistisch ganz groß aufgemacht. Es stellte sich jedoch heraus, daß England bereits eine derartige Anlage in Betrieb hatte. Ein anderer Fall war der Besuch eines mit Düsenantrieb versehenen russischen Flugzeuges in England. In den Zeitungen des Ostens konnte man lesen, daß nur die Sowjets über ein Verkehrsflugzeug mit Düsenantrieb verfügten. Im Westen machte dies gar keinen Eindruck, weil ja Düsenflugzeuge für diesen Zweck bereits im Einsatz standen.

Es ist nicht unsere Absicht, die Leistung der sowjetischen Ingenieure und Wissenschafter zu verkleinern oder gering zu bewerten. Der Abschuß der ersten Erdsatelliten bleibt eine hervorragende technische Tat und ein Ruhmesblatt in den Annalen der russischen Technik.

Betrachten wir die Frage der technischen Überlegenheit im allgemeinen und nicht die Konstruktion und Entsendung der künstlichen Monde allein, so ergibt sich indessen ein wesentlich anderes Bild. Nehmen wir z. B. die Entwicklung der Automobilindustrie: Während die USA pro Jahr 20 bis 30 neue Typen von PKW herstellen, beschränkt sich die Sowjetunion auf die Erzeugung von 3 Autotypen, den «Ziß», den «Pobjeda» und den «Moskvich», die seriemäßig mehrere Jahre hindurch in der gleichen Ausführung produziert werden, bis endlich wieder ein Wechsel erfolgt. Und dann geschieht die Umstellung in der Weise, daß westliche Autotypen zum Vorbild genommen werden. So läßt der «Ziß» seine Verwandtschaft zu älteren Packardmodellen, der «Pobjeda» zu früheren Opelerzeugnissen deutlich erkennen. Die sowjetischen Autos sind im übrigen, soweit entsprechendes Rohmaterial für die Konstruktion verwendet wurde, gut brauchbare Wagen; in der technischen Entwicklung sind sie jedoch gegenüber den Fahrzeugen des Westens deutlich im Rückstand. In den freien Staaten der Welt wird jährlich ein neues Automodell jeder bekannten Marke verlangt. Unter den Amerikanern der wohlhabenderen Klassen gilt es geradezu als gesellschaftlicher Verstoß, einen mehr als 3 Jahre alten Wagen zu fahren. In der Sowjetunion ist der sehr enge Kreis derjenigen, die überhaupt ein Auto — natürlich ein Dienstauto — erhalten, schon sehr zufrieden, wenn überhaupt ein Wagen zugeteilt wird. Mit Autos läßt sich heute keine große Propaganda mehr aufziehen. Es genügt daher der Sowjetunion, drei brauchbare Wagentypen herzustellen — auch ohne die letzten technischen Neuerungen und vor allem ohne Serienwechsel. Und ebenso ist es auf vielen anderen technischen Gebieten, sei es in der Werkzeugmaschinenfabrikation, sei es in der Elektroindustrie oder in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen.

Wer ist nun technisch überlegen? Ein Land wie die USA, wo jeder dritte Einwohner ein Auto besitzt, in dem Radio, elektrische Kühlschränke, Fernsehen, automatische Waschmaschinen in jedem Haushalte eine Selbstverständlichkeit sind — oder ein Land wie die Sowjetunion, wo kaum 1 % der Bevölkerung solche technischen Einrichtungen besitzt, wo hingegen die künstlichen Erdtrabanten abgeschossen wurden? Der zweifellose Erfolg auf dem engen Sektor der Raumraketen darf nicht zu irrtümlichen Schlüssen führen.

* * *

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

September bis November 1957

Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik

Seit dem Abschluß der Sommerpause läuft auch die ökonomische Politik daheim und in der Welt wieder auf vollen Touren. Ihre Vielseitigkeit und schnelle Entwicklung spiegeln sich in der Wirtschaftspresse aus der Berichtsperiode wider. In Zeiten entscheidender Beratungen der Nato, der OEEC und des GATT und in den Monaten, die dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes unmittelbar vorangehen, genießt dabei die *internationale Wirtschaftspolitik*, in erster Linie die *europäische Integration* den Vorrang. So bringen die Frankfurter «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» im Oktober einen Aufsatz von Jacques Ittensohn (Basel): «Unternehmerische Europa-Planung», der die Ballung der privaten Initiativ- und Kapitalkraft auf unserem Kontinent zur Voraussetzung einer sachgemäßen Wirtschaftsplanung stempelt. Das Heft III der «Außenwirtschaft» vom September ist überwiegend der europäischen Zusammenarbeit gewidmet: der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Dr. Karl Albrecht, eine Kapazität in Sachen der Integration, schildert das Urteil deutscher Wirtschaftskreise über Gemeinsamen Markt und Freihandelszone, und Fürsprecher Hans Steffen (Zürich) gibt Zweifeln und Bedenken gegenüber den politischen Aspekten der wirtschaftlichen Integration in Europa Ausdruck. In Nr. 9 der von der Wirtschaftsförderung herausgegebenen Sammlung «Für Sie gelesen» vom September stoßen wir auf eine Übersicht über die schweizerischen Pressestimmen zur Frage der europäischen Integration; unter anderem werden hier die Beiträge von Dr. Peter Aebi und Professor Dr. Marcel Großmann in der April- bzw. Juliausgabe der «Schweizer Monatshefte» zitiert. Der Nationalrat der französischen Arbeitgeber nimmt in einer Entschließung, die durch die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 4. 10. verbreitet wird, entschieden Stellung gegen die Errichtung der Freihandelszone. Die Wiener «Industrie» vom 28. 9. bezeichnet die Währungsstabilität als die allein effektvolle Basis für einen erweiterten Markt. Recht interessant ist der «Economist» vom 12. 10. mit seiner Beilage: «Auf dem Wege zu einem freieren Handel in Europa.» Die «Schweizerische Handelszeitung» vom 10. 10. enthält einen Artikel: «Europa-Gemeinschaft» aus der Feder des deutschen Außenministers Dr. Heinrich von Brentano. In den «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Oktober untersucht Karl-Heinz Friedrichs die Ansatzpunkte für die im Gemeinsamen Markt zu verfolgende Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, und Dr. Erich Goettlicher schildert die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben des «Wirtschafts- und Sozialausschusses» im Gemeinsamen Markt. Am 10. 9. hatte der Vorstandsvorsitzer in den deutschen Farbenfabriken Bayer AG., Dr. Ulrich Haberland (Leverkusen bei Köln), in Basel über «Die chemische Industrie in der Freihandelszone» gesprochen; sein Vortrag ist in der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Oktober abgedruckt worden. Diese Freihandelszone bildet auch den Gegenstand redaktioneller Betrachtungen in der «Suisse Horlogère» vom 24. und der Wiener «Industrie» vom 19. und 26. 10. In einer Spezialnummer der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 27. 9. zur Bankiertagung 1957 verbreitet sich Professor R. L. Bindschedler (Bern) über «Europäische Integration und schweizerische Neutralität». In der gleichen Druckschrift beleuchtet Professor Dr. Wilhelm Röpke (Genf) in gewohnt eindringlicher Form «Die dirigistischen Gefahren der europäischen Integration». Die Genfer «Wirtschaft» vom Oktober regt interessanterweise an, die Schweiz solle als Initiantin einer «Kleinen Freihandelszone» hervortreten, die neben den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes auf einige Länder mit vitalem Interesse an einer Handelsliberalisierung zu beschränken wäre.

Aus dem sonstigen Bereich der internationalen Wirtschaftspolitik ist die *Währungsdebatte* wieder in ruhigere Bahnen eingelenkt. Man spricht kaum noch von der Möglichkeit einer Aufwertung der deutschen Mark oder einer Abwertung des britischen Pfundes. Auf der Weltwährungskonferenz des Septembers in Washington sind offenbar Vorgespräche über eine allgemeine Währungsanpassung geführt worden. Über diese bemerkenswerte Sitzung referieren die N. Z. Z. vom 24. und die «Schweizerische Handelszeitung» vom 26. 9. Die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» beschäftigt sich am 15. 10. mit der Rechenschaftslegung des Internationalen Währungsfonds über sein letztes Geschäftsjahr, das sie einen «Rekord-Zeitabschnitt» nennt. Am 1. 11. schreibt in der gleichen Zeitschrift der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Dr. Anton Reithinger (Paris) über das «europäische Währungsdilemma», unter besonderer Berücksichtigung des britischen Pfundes, des französischen Frankens und der deutschen Mark. — Von den Problemen der Währung zu denen der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Europäischen Zahlungs-Union ist nur ein Schritt. Die «Schweizerische Handelszeitung» vom 17. 10. beklagt die Pariser Ministertagung der OEEC vom 16. 10. über die Freihandelszone als einen «Dämpfer für den Freihandels-Optimismus». Die N. Z. Z. vom 30. 9. widmet der «*Europäischen Zahlungs-Union* im Sturm der Währungsschwierigkeiten» einige Betrachtungen, und in ähnlicher Weise berichtet die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 10. über den Verlauf des schwierigen siebenten Lebensjahres der EZU. — Die N. Z. Z. vermittelt am 13. 10. einen Ausblick auf die zwölfte Session des GATT, beginnend am 17. 10. Auch die «Schweizerische Handelszeitung» vom 24. 10. befaßt sich mit den wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen, und der «Economist» läßt sich am 2. 11. aus Genf über Angriffe auf die Länder des Gemeinsamen Marktes und deren Verteidigung vor dem Forum des GATT berichten. — Was die *allgemeine Konjunktur* angeht, so gründet sich ein Aufsatz von Dr. Erich Wiener (Genf): «Westeuropäisches Wirtschaftswunder?» in den «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom September auf reichliches Zahlenmaterial; ihm sei eine aufschlußreiche Übersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit in Prozenten des Arbeitskraftreservoirs entnommen:

Im Durchschnitt der Jahre	Dänemark	Deutschland	England	Norwegen	Schweden
1921—1929	17,1	9,8	12,0	16,8	14,2
1948—1956	9,8	6,9	1,6	1,2	2,5

In den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung vom September orientiert Professor Dr. Richard F. Behrendt (Bern) über Aufgaben und Möglichkeiten einer internationalen ökonomischen Entwicklungsförderung. Der deutsche «Arbeitgeber» vom 5. September erläutert die im Welthandel vorherrschenden Tendenzen. — Im Hamburger «Wirtschaftsdienst» des Septembers verfolgt man endlich mit Gewinn Ausführungen seines Herausgebers, Dr. Clodwig Kapferer, über die Bedeutung der *Automation* für die wirtschaftliche und soziale Zukunft, die eine wertvolle Ergänzung zu dem in den «Schweizer Monatsheften» vom November zu lesenden Aufsatz von Fritz Streiff und Helmut Schnewlin über die Aspekte der Automation darstellen.

Schweizerische Wirtschaftsprobleme

Aus dem Kapitel der *speziell in der Schweiz zur Debatte stehenden Wirtschaftsprobleme* ist zunächst eine Reihe von Pressestimmen zur *konjunkturellen Entwicklung* zu melden. So sind dem September-«Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins Merkmale «der Ertragsbilanz der Eidgenossenschaft 1956» zu entnehmen; sie schloß in diesem Jahre mit einem Aktivsaldo von 125 Mill. Fr., einer Summe, die um 537 Mill. Fr. niedriger

war als 1955. Auch in der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» vom 5. 10. werden Zahlen bezüglich der Struktur der heimischen Wirtschaft veröffentlicht. Im übrigen ist die Beurteilung der konjunkturellen Zukunft in der Schweizer Wirtschaftspresse ebenso unterschiedlich und unsicher, wie wir es später hinsichtlich der amerikanischen Geschäftslage festzustellen haben werden. Die «Schweizerische Handelszeitung» vom 5. 9. glaubt, «abgeschwächte Auftriebskräfte» konstatieren zu müssen. Auch in ihrer Ausgabe vom 31. 10. befürchtet sie, daß eine Konjunkturwende bevorsteht. «Finanz und Wirtschaft» vom 18. 10. ist der Meinung, daß sich die erwünschte Verflüssigung am schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt erst einstellen könne, wenn durch Belebung des Wirtschaftsoptimismus die Voraussetzung für eine echte Entspannung geschaffen sein wird. Die «Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom September kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, tiefgründige Vorträge der Professoren Dr. Jürg Niehans und Dr. Paul Keller (beide Zürich) über die binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme der Schweiz in der Hochkonjunktur vor der Jahresversammlung der Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft am 31. 5. in Solothurn wiedergegeben zu haben. — In die Berichtsperiode fällt eine lebhafte Bewegung auf dem Gebiete des *schweizerischen Außenhandels und der Handels- und Zollpolitik:* es hat den Anschein, daß sich für die Einfuhr der Schweiz ein Tendenzumschlag vorbereitet hat; der auftretende Investitionsrückgang muß jedenfalls den Export von Fertigwaren nach der Schweiz empfindlich treffen. Ebenso wichtig ist die Tatsache, daß der Bundesrat am 1. 11. den von einer Expertenkommission ausgearbeiteten neuen Zolltarifentwurf genehmigt und so für Tarifverhandlungen mit anderen Ländern freigegeben hat. In der schon erwähnten Sonderausgabe der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 27. 9. befaßt sich Professor Dr. A. Boßhardt (St. Gallen) mit dem Einfluß der europäischen Integration auf die Zollpolitik der Schweiz. In der Ausgabe der gleichen Zeitung vom 7. 11. wird auch der Zusammenhang des Zolltarifs mit der Handelspolitik und außerdem das Gepräge des neuen Zolltarifs dargestellt. Dr. Heinrich Homberger hatte im Schoße der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 30. Oktober einen von Sachkunde erfüllten Vortrag über «die europäische Integration und den neuen Zolltarif» gehalten; seine Ausführungen vermittelt uns die N. Z. Z. am 1. November. Minister E. Stopper (Bern) befaßt sich in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom September mit den Problemen der «Zahlungsbilanz, Handelspolitik und Produktivität». In der «Außenwirtschaft» vom gleichen Monat stoßen wir auf Betrachtungen der St.-Galler Professoren Dr. Bachmann und Dr. Boßhardt, die sie unter Verwertung statistischen Materials zur Außenwirtschaftspolitik angestellt haben. «Außenhandel und Aktienkursgestaltung» betitelt sich der Leitartikel in «Finanz und Wirtschaft» vom 29. 10. — Der Frankfurter «Volkswirt» vom 2. 11. rühmt als beispielhaft die günstigen Erfahrungen, die man in der Schweiz bezüglich *der Löhne und der Arbeitsdauer* mit der Schlichtungsvereinbarung für die Maschinen- und Metallindustrie aus dem Jahre 1937 gemacht hat. Den Problemen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit aufwirft, öffnen das «Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins vom September, die «Schweizerische Handelszeitung» vom 12., die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 13. 9. und 4. 10. und schließlich die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 12. 10. ihre Spalten. — Die *Kapitalmarktpolitik des Bundes* erläutert der Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Dr. V. Umbricht, in der Sondernummer der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 27. 9. In der «Steuer-Revue» vom gleichen Monat stellt Dr. F. A. Bodmer (Zürich) die Grundzüge der Gesetzgebung zur Besteuerung privater Kapitalgewinne zusammen, und im Oktoberheft der gleichen Zeitschrift erhebt Dr. Heinz Schmutz warnend seine Stimme zum Schicksal der Bundesfinanzreform. — Je näher der Termin zur Volksabstimmung über die *Kartell*initiative heranrückt, um so intensiver sind die Wirtschafts-Zeitschriften dem Problem des Kampfes gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zugewandt. Ein Aufsatz von Dr. Karl Kühne: «Kartellgesetz und Wettbewerb» in den «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom September wird als aktuell auch in der Schweiz auf Beachtung stoßen. Der

«Wirtschaftsdienst» vom August wartet mit einer Chronologie von «Kartell und Wettbewerb in der Schweiz» auf. Aus einer Präsidialansprache von Dr. jur. h. c. C. Koechlin an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins ist u. a. der Passus über die Kartellgesetzgebung in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 20. 9. zu verfolgen. Die gleiche Zeitschrift verweist am 1. 11. mit kurzer Notiz auf die Tätigkeit der Sachverständigenkommission für ein Kartellgesetz. — Die Anrufung des Internationalen Gerichtshofes im Haag zur Entscheidung im Falle *Interhandel* gibt «Finanz und Wirtschaft» zu wiederholten Malen, so auch am 11., 15. und 18. 10., Veranlassung, das von ihr geschätzte Thema weiter zu vertiefen. — Endlich möge der Leser auf den Beitrag des Vizedirektors des Eidgenössischen Versicherungsamtes Dr. Fritz Walther: «Hundert Jahre schweizerische Lebensversicherung» in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» vom September und auf eine ausführliche Unterrichtung über das Volkseinkommen der Schweiz im Oktober-«Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt hingewiesen werden.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur Umwelt

Für Interessenten am Warenaustausch mit der *Deutschen Bundesrepublik* dürfte ein Artikel aus der Feder des Privatdozenten Dr. Ernst Heuß (St. Gallen): «Außenhandelsüberschüsse und Kapitalmangel, das Problem Westdeutschlands» in der «Außenwirtschaft», Heft III, von Wert sein. Die «Schweizerische Handelszeitung» vom 19. 9. hält die Heranziehung des ausländischen Vermögens zu den Kosten des von Deutschland verlorenen Krieges durch die Bonner Gesetzgebung über den Lastenausgleich für ungerechtfertigt und bezeichnet ein kürzliches Urteil des Bundesfinanzhofes für sehr beachtlich in der Schweiz, wonach die Besteuerung von Ausländern rechtlich äußerst zweifelhaft sei; am 10. 10. verweist sie weiter auf die Verbesserung der schweizerisch-deutschen Doppelbesteuerung durch ein Zusatzprotokoll vom 9. 9. Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Oktober wartet mit Ausführungen über den neuen deutschen Zolltarif ab. 1. 1. 1958 auf. — Es konnte nicht ausbleiben, daß in *Frankreich* die innenpolitischen Schwierigkeiten auch auf das wirtschaftliche Gebiet ausstrahlen. Die Teilabwertung des französischen Frankens am 11. 8. gibt den «Wirtschaftsnotizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft im September zu denken, und die Rückwirkungen der französischen Reformen auf den Warenverkehr mit der Schweiz werden vom «Monat» des Schweizerischen Bankvereins, ebenfalls im September, nicht günstig beurteilt. In der «Revue Economique Franco-Suisse», Nr. 9/10, findet sich eine chronologisch geordnete Zusammenstellung der französischen Maßnahmen auf dem Gebiete des auswärtigen Handels für die Zeit vom 15. 3. bis zum 8. 10. — Im Interesse der Beziehungen zu *Großbritannien*, das im letzten statistisch erfaßten Monat September mehr als $5^1/_2$ % der schweizerischen Ausfuhr aufgenommen hat, liegt es, die Entwicklung der Geschäftslage dort zu verfolgen. Während der Berichtsperiode waren für die britische Wirtschaft und ihre Presse zwei Ereignisse von beherrschendem Einfluß: die Erhöhung des Diskontsatzes auf 7 % und die Anregung des Schatzkanzlers Thorneycroft, eine britisch-kanadische Freihandelszone zu schaffen. Beides beschäftigt den «Economist» auf breiter Front: seine Ausgaben vom 28. 9. und 12. 10. sind mit Betrachtungen über die Wirkungen der Bankraten-Heraufsetzung angefüllt, und am 5. 10. bezeichnet er den Vorschlag von Thorneycroft als den gedankenreichsten und gleichzeitig «herausforderndsten» (most provocative) Beitrag zu der Debatte der Commonwealth-Finanzminister bei ihrem Treffen in Mont Tremblant. Die Wiener «Industrie» vom 12. 10. sieht in dem überraschenden Vorschlag des Schatzkanzlers ein «politisches Meisterstück». — Das neue *österreichisch*-russische Handelsabkommen mit dreijähriger Geltung wird von der N. Z. Z. am 13. und 29. 10. analysiert. — Die in einem früheren «Querschnitt» bereits gerügte Schädigung ausländischer Vermögenswerte durch die *argentinische* Regierung erregt nach wie vor den Unwillen von «Finanz und

Wirtschaft» am 10. 9. und der «Schweizerischen Handelszeitung»; diese erhebt am 24. 10. ihre warnende Stimme gegen etwaige Absichten europäischer Länder auf Beteiligung am sogenannten «Pariser Klub für die Schuldenkonsolidierung» zugunsten Argentiniens. — «La Suisse Horlogère» vom 5. 9. gedenkt in ihrem Leitartikel der Unterzeichnung des Handelsvertrages mit *Marokko* am 29. 8.

Amerikanische Wirtschaftsprobleme

Das Urteil über die *konjunkturelle Zukunft in den USA*, die für die Wirtschaft der übrigen freien Welt von entscheidender Bedeutung sein muß, ist ebenso verworren, wie wir es vorher für die Schweizer Verhältnisse festzustellen hatten. Ein optimistischer Grundton bleibt allerdings unverkennbar. Auf der einen Seite spricht die N. Z. Z. am 23. 10. von Abschwächungserscheinungen in der amerikanischen Wirtschaft und rückläufigem Industrieproduktionsindex dort, und Dr. Melchior Palyi (Chicago) verweist in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 6. 9. auf die «kurz- und langfristigen Tendenzen in der amerikanischen Konjunktur». Ebenso fürchtet «Finanz und Wirtschaft» am 22. 10. und 5. 11., daß die «Rezession» der USA-Wirtschaft sich weiter verschärfen wird. Anderseits versieht «La Suisse Horlogère» vom 31. 10. die Überschrift eines redaktionellen Artikels: «Récession en Amérique» mit einem Fragezeichen, und der deutsche «Arbeitgeber» vom 20. 10. hebt unter dem Titel: «Amerikanische Konjunktursorgen» auch die Momente in der dortigen Geschäftslage hervor, die das sonst etwas düstere Bild erhellen. Wer sich selbst ein Bild von der Wirtschaft in den USA machen will, lasse die statistischen Angaben darüber in den «Wirtschaftsnotizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Oktober auf sich wirken. — Der Frankfurter «Gegenwart» vom 7. 9. werden aus New York bemerkenswerte Einzelheiten über *Preise und Löhne in Amerika* gemeldet. — Endlich gibt die infolge Steigerung der amerikanischen Ausfuhr in den Ländern ihres Bezuges wieder erstandene *Dollarlücke* dem «Economist» vom 14. 9. Grund zu kritischen Bemerkungen.

Aus dem leidigen Kapitel des *amerikanischen Kampfes gegen die Einfuhr fremder Uhren* zitiert «La Suisse Horlogère» am 5. 9. in Fortsetzung einer im vorigen «Querschnitt» erwähnten Veröffentlichung vom 29. 8. den zweiten Teil eines Berichtes, den die amerikanische Tarifkommission in der Frage der Uhrenzölle dem Präsidenten erstattet hat. — Im «Internationalen Gewerbearchiv» vom September zieht Professor Dr. Erich Hruschka (Wien) aus der *amerikanischen Gewerbeförderung* Lehren für Mitteleuropa. Die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 9. stimmt der Reaktion in der Schweizerischen Bankiervereinigung auf die von der anderen Seite des Ozeans kommenden Vorwürfe gegen die Geschäftspraktiken ihrer Mitglieder zu. Zum Abschluß sei ein Beitrag von Arthur L. Moore im New Yorker «Challenge» vom Oktober: «Wie Washington Wirtschaftspolitik betreibt» hervorgehoben; in ihm kommt zur Darstellung, daß drüben mehr und mehr private Unternehmer Schlüsselpositionen im öffentlichen Dienst bekleiden.

Kommunistische Wirtschaft

Die Erfolge der russischen Technik in der letzten Zeit haben die Blicke der westlichen Welt wieder schärfer auf die *Wirtschaft des Sowjetblocks* gelenkt. In der «Osteuropa-Wirtschaft» vom August belehrt uns Dr. Eberhard Schulz (Köln) über die «Reform der Wirtschaftslenkung in der UdSSR» und Professor Dr. Karl C. Thalheim (Berlin) erläutert «die langfristige Entwicklungsplanung in den Ostblockstaaten». Die Reorganisation der Sowjetgewerkschaften wird von Dr. Otto R. Ließ (Wien) in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 4. 10. besprochen. Die Wiener «Industrie» vom 12. 10. veranschaulicht Eindrücke von den «Wandlungen der Südostwirtschaft». Der

«Economist» beginnt am 26. 10. eine Artikelserie: «Poland Revisited», die sich allerdings mehr mit der dortigen politischen Lage nach der Rückkehr Gomulkas zur Macht befaßt, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung nicht außer acht läßt. Die «Gegenwart» vom 19. Oktober enthält eine ausführliche und auf reichhaltiges Zahlenmaterial gestützte Darstellung des sowjetischen Industriepotentials.

Sonstige erwähnenswerte Artikel der Wirtschafts-Zeitschriften

Bei seinem Studium der neuen Wirtschafts-Zeitschriften sind Ihrem Berichterstatter schließlich noch die folgenden Artikel aufgefallen, die wenigstens die Wiedergabe ihrer Titel verdienen, ohne daß sie in eine der Rubriken unseres Referates einzuordnen wären: Die Schweizerische Bankgesellschaft gewährt ihren Geschäftsfreunden mit einem kürzlich erschienenen Sonderheft einen Überblick über die letzten zehn Jahre ihres Bestehens. Wertvoll ist eine Beilage zur «Schweizerischen Handelszeitung» vom 12. 9.: «Rationalisierung der Transporte». In der «Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom September untersucht Professor Dr. Max Weber (Bern) das «Machtproblem der Wirtschaftsverbände». Die «Stimmen zur Staats- und Wirtschaftspolitik», Nr. 8, der Wirtschaftsförderung behandeln die «Anpassung des Landwirtschaftsbetriebes an die Arbeitsmarktlage». Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Oktober enthält eine Würdigung «Basels als Wirtschaftszentrum am Rheinknie». Zum Schluß sei ein Hinweis auf das Novemberheft der «Wirtschaft» gestattet, das den Schweizerischen Bundesbahnen gewidmet ist.

Hans Posse